

AfD Augsburg kritisiert die Entscheidung des bayrischen Sozialministeriums

Die AfD Augsburg kritisiert die Ablehnung der Unterbringung von Asylbewerbern in der Halle 116 durch das bayerische Sozialministerium. Nicht nur die Stadt Augsburg, die Verwaltung sondern auch der Stadtrat sind sehr besonnen mit dem Thema umgegangen und zu einer ausgewogenen Entscheidung gekommen. Im kommenden Jahr soll die Stadt Augsburg mindestens zusätzliche 600 Flüchtlinge aufnehmen. „Die Unterbringung in dem ehemaligen KZ-Außenlager birgt eine Chance“, sagt Stadtrat Marc Zander. "Der Erinnerung der Schrecken des KZ-Lagers zu gedenken und zugleich den hilfesuchenden Menschen eine menschenwürdige Unterbringung bieten, ist aus unserer Sicht die deutlich bessere Lösung als provisorische Garagen“. Weiter sagt Zander, dass der Freistaat sich lieber überlegen sollte, wie bayrische Städte sonst mit den immer größer werdenden Flüchtlingsströmen umgehen sollen. „Jetzt werden Städte wie Augsburg nicht nur finanziell stärker belastet, sondern auch noch in ihren Handlungsmöglichkeiten eingeschränkt.“